

Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift
Tageblatt Riesa,
Bernauer Str. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Riesauer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptpostamts Meissen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachnummer
Dresden 1590,
Verleger:
Riesa Nr. 52.

Nr. 63.

Montag, 16. März 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Woche für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Anfertigung: Druckerei der Verleger. Der Verleger oder der Verlegerverein hat die Rechte an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Verlegerverein — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Banger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 19. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigentel: Wilhelm Dittich, Riesa.

Die Dthilfe gesichert.

an. Der Reichsrat hat bekanntlich ohne Schwierigkeiten die Dthilfe-Vorlage verabschiedet, so daß sie jetzt dem Reichstag zugehen konnte und ihn in dieser Woche beschäftigen kann. Es ist auch bekannt, daß der Reichsrat nur unwesentliche Änderungen vornahm, so daß die Regierung, die mit diesen nicht einverstanden war, sich gezwungen sah, dem Reichstage einige Doppelanträge zu unterbreiten. Mit Nachdruck hat die preussische Regierung die Beschleunigung des Gesetzes im Reichsrat verfochten und den Verzugsantrag verhindert. Dieser Nachdruck, den der Vertreter der preussischen Regierung auf die schleunige Verabschiedung durch den Reichsrat legte, brachte den besten Beweis dafür, daß die Haltung der Sozialdemokraten zum Dthilfengesetz eine Aenderung erfahren haben müsse. Denn es ist eine alte Erfahrung, daß die preussische Regierung fast immer den gleichen Weg wie die sozialdemokratische Fraktion im Reichstage zu gehen pflegt. Aus diesem Grunde liegt heute keine Gefahr mehr vor, daß dem Dthilfengesetz Schwierigkeiten im Reichstage erwachsen können.

Wie wir unterrichtet sind, beabsichtigten die Sozialdemokraten nur einige schärfere Kontrollmaßnahmen für die Vergabe der Umschuldungs- und Ueberbrückungskredite zu empfehlen, die Haftpflichtverbände zu sichern, um einen gewissen Revisionsweg zu gewährleisten, im übrigen jedoch dem ganzen Gesetz die Zustimmung zu geben. So wird es möglich sein, daß auch dieses Gesetz vom 1. April Geltung erlangt und auf dem Boden des Gesetzes vor allem die Umschuldungsaktion vorgenommen werden kann. Wenn behauptet wurde, die für die Umschuldung vorhandenen Beträge des laufenden Jahres wären bereits vergeben, so ist das falsch. Wie uns von zuständiger Stelle versichert wird, liegen wohl schon zahlreiche Anträge vor, die gar nicht in vollem Umfang berücksichtigt werden können. Es ist aber nicht gefast, daß gerade diese inzwischen eingegangenen Umschuldungsanträge bevorzugt und neue Anträge unberücksichtigt bleiben werden. Vor allem soll geprüft werden, ob sich eine Umschuldung bei den einzelnen Antragstellern überhaupt lohnt. Es wird eine genaue Kontrolle stattfinden. Dabei werden wahrscheinlich die großen Güter, die an sich bereits Kreditmöglichkeiten genug haben, aus der Umschuldungsaktion überhaupt herausgenommen, so daß diese mehr den kleinen und mittleren Gütern zugute kommt.

Wenn auch von einigen entscheidenden Vertretern Ostpreußens und der ostpreussischen Landwirtschaft gegen die Dthilfenvorlage Sturm gelaufen wird, da sie angeblich nicht den allgemeinen Wünschen entspreche, so ist inzwischen festgestellt, daß die breite Masse der ostpreussischen Landwirte das Gesetz begrüßen und, nachdem sie seinen Zweck kennen gelernt haben, der Zustimmung sind, daß es sich sehr wohl eigne, die schwerste Not vom ostpreussischen Grundbesitz zu nehmen. Im Reichstage begegnet man, nachdem die Sozialdemokraten ihren anfänglichen Widerstand aufgegeben haben und nicht mehr die grundsätzliche Aenderung des Gesetzes fordern, der Auffassung, daß die zweite Beratung sehr einfach und reibungslos verlaufen wird.

Die Mittel für die Durchführung des Gesetzes sind inzwischen ebenfalls bereitgestellt. Eine lebhaftige Bewegung, die Ostpreußen außerordentlich günstig beeinflussen könnte, dürfte schon in kurzer Zeit ihren Anfang nehmen. Daß das Gesetz zu parteipolitischen Zwecken ausgenutzt werden wird, daß besonders diejenigen Landwirte, die nicht in den Genuss des Gesetzes kommen, weil sie den Voraussetzungen nicht entsprechen, sich der scharfen Kritik auswenden und, soweit sie noch hinter den Regierungspartien stehen, diesen feindlich gesinnt werden, dürfte keinem Zweifel unterliegen.

Aus dem Reichstage.

nds. Berlin. Der Reichstag erledigte am Sonnabend, wie bereits mitgeteilt, zunächst die zweite Beratung des Genfer Handelsabkommens vom 24. März 1930. Dieses Abkommen, das im Sinne der Verträge der Genfer Weltwirtschaftskonferenz eine Art Zollwaffenstillstand proklamiert, verpflichtet bekanntlich die Vertragspartner zum Verzicht auf die Kündigung der zwischen ihnen abgeschlossenen Handelsverträge unter Einschaltung einer ganzen Reihe von Ausnahmedeterminen.

Es wurde die zweite Beratung des Handelsabkommens des Reichsarbeitsministeriums fortgesetzt.

Minister Dr. Stegerwald nahm noch einmal das Wort, um auf die Anregungen der verschiedenen Redner einzugehen. Er äußerte dabei Bedenken gegen den Vorschlag der Errichtung von Erleichterungen der Angehörigen bei der Arbeitslosenversicherung. Wenn man diese guten Ratschläge aus der Arbeitslosenversicherung herausnimmt, dann würde der Beitrag der Zurückbleibenden zu hoch sein müssen. Der Minister erklärte weiter die Notwendigkeit der schleunigen Sanierung der Knappschaftsversicherung. Ueber diese Frage soll heute Montag im Sozialpolitischen Ausschuss und weiter in einem besonderen Unterausschuss verhandelt werden.

Von verschiedenen Rednern wurde die schwere Finanznot der Gemeinden erörtert, die durch die wachsenden Wohlfahrtslasten für die Erwerbslosen entstehen ist. Heute Montag wurde die Beratung fortgesetzt und wird voraussichtlich zu Ende geführt werden.

Führer- und Kampftagung des Thüringer Landbundes.

Reden von Schiele und Raldreuth.

nds. In Weimar fand in Abwesenheit des erkrankten Parteiführers Oster am Sonnabend der Reichsparteitag der Landvolkpartei statt, der im Gegensatz zu den Parteitagungen anderer Parteien nicht öffentlich tagte. Gegenstand der Beratungen waren in der Hauptsache organisatorische Fragen.

Am Sonntag fand dann auf Einladung des Thüringer Landbundes eine

große öffentliche Kundgebung

statt, auf der Reichsernährungsminister Schiele und Landbundpräsident Graf v. Raldreuth sprachen. Das Auftreten des Ministers Schiele war umso bemerkenswerter, als Schiele seit den Reichstagswahlen damit zum ersten Male wieder auf einer Landbundtagung war.

Reichsernährungsminister Schiele

bezeichnete als die Mission des Landvolks, mitten in der Feuerlinie des politischen Ringens und der Verantwortung zu stehen. Deshalb müssen wir heraus aus der Unruhearbeit des Resignierens und des Resolutionsierens, heraus aus der Jagd nach unerreichten Fernzielen. Nicht im Wünschen, sondern im Handeln zeigt sich die Bewährung. Mit dem Glauben an eine bessere Zukunft allein sei es nicht getan. Wehe denen, so rief der Minister aus, die uns in dieser elementaren Not den Rücken kehren. Mit der Parole „Macht Euch Den allein ist weder der deutschen Landwirtschaft noch dem deutschen Volke zu helfen. Die Geschichte wird hier richten und eine ernste Sprache sprechen. Verstärken wir wirklich unsere Stellung im Kampf um das System, wenn wir uns selbst von den entscheidenden Machtpositionen im Staate ausschalten? Glaubt man wirklich in den Kreisen der Exzeptionisten, daß man einer gefahrdrohenden und handelspolitischen Entwicklung anders erfolgreich begegnen kann, als durch aktive Mitarbeit im Brennpunkt der politischen Entscheidungen? Wäre diese nicht längst in der Frage des politischen Handelsabkommens gegen die deutsche Landwirtschaft ausgefallen, wenn wir nicht seit dem Jahre 1927 in der Regierung auf der Wacht gewesen wären? Sind nicht fast alle Handelsverträge seit dem übereilten Exodus der Deutschnationalen im Jahre 1925 auf Kosten der deutschen Binnenwirtschaft abgeschlossen worden? Wie will man denn der Landwirtschaft helfen, wenn man Ermächtigungsbefugnisse ablehnt, nur weil sie von einer „Landwirtschaftsfeindlichen“ Regierung zur völligen Niederreichung des Zollschutzes verwendet werden könnten? Ich entsinne mich noch, daß selbsterzeit von einem der heutigen deutschnationalen Wortführer statt der Ermächtigungsbefugnisse stabile Getreidebörse in Höhe von 9 Mark angestrebt worden sind, die möglichst noch handelspolitisch gebunden werden sollten. Wo wären wir wohl bei der jetzigen Weltmarktlage hingelassen, wenn wir diesen Vorschlägen gefolgt wären, haben wir doch heute Getreidebörse von 18, 20 und 25 Mark? Wohin führt der Weg der unersinnlichen Negation? Dem Tadel wird entsagt. Lebensnotwendigen und Hoffnungen wird die Ernährung folgen.

Dann kommt zur wirtschaftlichen Not noch die seelische Entwertung des Volkes hinzu. Wir kämpfen nicht etwa gegen die äußerste Not. Unter Ziel ist vielmehr, sie aus ihrer Weltferne, aus ihrer Romantik herunterzuwinden in den realen Kampf um Sein oder Nichtsein der Nation. Es kann für uns nur eine Marschparole geben: Zähes Festhalten an dem Erzeugenen, keine übereilte Preisgabe von Machtpositionen und ständiges Vordringen zu aktivem Handeln, soweit und solange ich es vor meinem Gewissen verantworten kann.

Landbundpräsident Graf v. Raldreuth

betonte, daß die Kampfsparole des Reichslandbundes für alle Maßnahmen des Präsidiums in den letzten Wochen bestimmend gewesen sei. Trotz des Einbringens der Agrarvorlage habe man gerade in den letzten Wochen erneut erfahren müssen, wie eifrig die Landwirtschaftsgegner am Werke sind, wie hart vor allem ihr Einfluß im Reichskabinett selbst ist. Die Denkschrift des Reichslandbundesministeriums beweist, daß die entscheidenden Kämpfe erst einsetzen werden, wenn es um die praktische Realisierung der deutschen Handelspolitik gehen wird. Kennzeichnend ist auch, daß die wichtige Frage der Verwendungszwecke vorläufig vertagt worden ist. Schulter an Schulter mit dem

Reichswirtschaftsrat zum Dthilfeprogramm.

nds. Berlin. Der vorläufige Reichswirtschaftsrat hat jetzt sein Gutachten zu den Geschehnissen über das Dthilfeprogramm verabschiedet. In dem Gutachten wird empfohlen, bei den Umschuldungsmaßnahmen mit aller Vorsicht vorzugehen und nur solche Betriebe umzuschulden, bei denen die Gewähr besteht, daß sie nach der Umschuldung eine gesunde Wirtschaftgrundlage erhalten. Im Zusammenhang mit der Umschuldung müsse auch für die Siedlung ausreichendes geeignetes Land zu Breiten zur Verfügung gestellt werden, die ein Weiterkommen des Siedlers ermöglichen. Auf die Herstellung einer gesunden Rentabilität der städtischen Landwirtschaft müsse bei allen Maßnahmen beson-

derwirtschaftsministerium hat bis zur letzten Stunde der Reichsarbeitsminister gegen die Agrarpläne der Regierung gekämpft. Auch der Reichsfinanzminister hat keine Gelegenheit vorübergehen lassen, seine landwirtschaftsfeindliche Einstellung zu bezeugen.

Die Einbringung der Genfer Zollfriedensvorlage kommt geradezu eine Sabotage der von der Landwirtschaft geforderten Schutzmaßnahmen gleich. In der öffentlichen Auseinandersetzung hat besonders die Tatsache der nationalen Exzeption eine große Rolle gespielt. Wie man sich auch zu der Zweckmäßigkeit dieser Maßnahmen stellen will, so wäre es doch eine Verleumdung des Schmerzensbitters der politischen Verantwortlichkeit, wenn man auf Grund dessen die Reichsregierung von ihrer Pflicht entbinden wollte. Mehr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zur Durchführung der notwendigen Agrarmaßnahmen reiflos anzunehmen.

Schon bei der Gefrierfleischfrage hat sich gezeigt, daß die Reichsregierung es nicht vermocht hat, die ihr nahestehenden Parteien ihrer Parole unterzuwerfen. Beim Genfer Zollfrieden wird sich zeigen, ob inzwischen die Reichsregierung sich auf ihre Führeraufgabe dem Parlament gegenüber besonnen hat. Von der Behandlung des Zollfriedens wird es auch abhängig sein, wie der nächste Kampfabschnitt des Reichslandbundes um die Rettung der deutschen Scholle sich gestalten wird. Der Reichslandbund geht unbestritten seinen Kampfweg.

Der Bauer weiß, daß seine wichtigste Machtposition eine geschlossene Bauernfront ist. Selbstverständlich können die Meinungen über die Zweckmäßigkeit dieser oder jener politischen Methode auseinandergehen. Das ändert nichts daran, daß der Reichslandbund umso fester ist, je mehr seine Gegner ihn auseinanderzureißen sich bemühen.

Schwarze Rechtsopposition der Landvolkpartei.

nds. Weimar. Am Sonnabend trat in Weimar der ordentliche Parteitag der Christlich-Nationalen Bauern- und Landvolkpartei zusammen, der in Vertretung des erkrankten Parteiführers Oster von dem Reichstagsabgeordneten Hepp geleitet wurde. Der Parteitag nahm zur politischen Lage eine

Entscheidung

an, in der es u. a. heißt: „Der Parteitag der Christlich-Nationalen Bauern- und Landvolkpartei billigt einstimmig die Einleitung, die Führung, die Vertretung und Reichstagsfraktion einzunehmen haben.“

Er fordert erneut von der Reichsregierung, daß sie uns gefälligst von den zur Verfügung stehenden Mitteln zur Revision des Finanzplanes Gebrauch macht.

An der Oppositionshaltung zur Reichsregierung hat sich nichts geändert.

Der Parteitag steht auf dem Standpunkt, daß alle Vorschläge zu unterstützen sind, die die Lage der Landwirtschaft bessern und ihre Rentabilität sicherstellen. Deshalb billigt der Parteitag ausdrücklich, daß die Reichstagsfraktion des Deutschen Landvolks sich an der parlamentarischen Kampflinie nicht zurückgezogen hat.

Das Agrarprogramm der Reichsregierung entspricht nicht in vollem Umfang den Forderungen, die das deutsche Landvolk gestellt hat. Der Parteitag fordert deshalb weiter Kampf um die Erreichung dieses Zieles. Er dankt dem Reichsernährungsminister Schiele, daß er unerwünscht in der Reichsregierung unter den schwierigsten Verhältnissen für die deutsche Landwirtschaft gekämpft hat.

Zum Volksbegehren in Preußen

nahm der Parteitag folgende Entscheidung an: „Bevorzugt an dem Tage, an dem der Stahlhelm-Bund deutscher Frontkämpfer, den Antrag auf Einleitung des Volksbegehrens zur Aufhebung des Preussischen Landtages gestellt hat, hat der Parteiführer des Deutschen Landvolks, Oster, die warmste Unterstützung des Volksbegehrens zugesagt. Der Parteitag des Deutschen Landvolks begrüßt das Volksbegehren und verpflichtet die Mitglieder des Deutschen Landvolks, mit allen Kräften sich für einen starken Erfolg einzusetzen.“

berer Nachdruck gelegt werden, denn ohne die Rentabilität seien alle Hilfsmassnahmen zwecklos. Deshalb sei es notwendig, neben den auf der Grundlage eines allgemeinen Agrarprogramms für das gesamte Reich durchzuführenden Maßnahmen, insbesondere im Osten, die Selbstorganisations der Landwirtschaft nach einheitlichen Gesichtspunkten durchzuführen. Die Einteilung des Ostens in verschiedene Klassen von Rothandsgebieten dürfe nicht dazu führen, daß einzelne Teile über Gebühr vorgezogen werden. Zum Schluß wird die Erwartung ausgesprochen, daß bei der Durchführung des Dthilfeprogramms die amtlichen Stellen und die beteiligten Wirtschaftskreise verständnisvoll zusammenwirken, um in den national gefährdeten Teilen schnellstens die erforderlichen Grundlagen für den Wiederaufbau zu schaffen.